

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,65 Mk.;
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pf. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
 (Erich Dindorf)
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
 Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4724.

Nr. 77.

Berlin, Sonnabend, 25. September 1909.

Einunddreizigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1907. — Weitere Lohnrückereien in Sicht? — Die berufliche Ausbildung unserer weiblichen Jugend. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1907.

Der 5. internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung erstreckt sich auf Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Italien, Kroatien-Slavonien, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Serbien, Spanien und Ungarn. Für die Niederlande und Großbritannien sind die Ziffern von 1906 eingeseht. Bemerkenswert ist auch, daß unter „Gewerkschaft“ jede Berufsorganisation, d. h. auch die christlichen Gewerkschaften und die Deutschen Gewerkevereine mit zu verstehen sind. Die Gesamtzahl der in den genannten Ländern, außer Niederlande und Kroatien-Slavonien, organisierten Arbeiter beträgt 6 376 838, von denen 264 245 oder 4,14 Prozent Frauen sind. Von dieser Gesamtzahl werden 150 125 als landwirtschaftliche Arbeiter angegeben. Danach wäre nur ein kleiner Teil der organisierten Arbeiter in der Landwirtschaft tätig. Der Prozentsatz der organisierten Landarbeiter ist am höchsten in Italien, nämlich 31,26 Prozent. Es folgen dann Schweden, Ungarn, Großbritannien, Oesterreich. Die Zahl der in den einzelnen Ländern Organisierten, getrennt nach Männern und Frauen, ergibt sich aus folgender Tabelle:

Land	Gesamtzahl		
	männlich	weiblich	zusammen
Deutschland	2 278 360	168 111	2 446 470
Großbritannien	2 205 037	201 709	2 406 746
Ver. Staaten von Amerika	—	—	1 586 885
Frankreich	868 196	88 908	957 102
Oesterreich	454 693	46 401	501 094
Italien	387 384	—	387 384
Schweden	219 000	20 000	239 000
Belgien	181 015	—	181 015
Ungarn	135 376	6 654	142 030
Schweiz	127 377	8 000	135 377
Niederlande	—	—	128 845
Dänemark	99 304	10 610	109 914
Norwegen	46 246	1 969	48 215
Spanien	—	—	32 612
Finnland	30 000	2 000	32 000
Bulgarien	10 000	—	10 000
Serbien	4 934	500	5 434

Interessant sind in dem Bericht auch die Zahlen über das Verhältnis der Organisierten zu der Gesamtzahl der Arbeiter überhaupt. Von allen industriellen Arbeitern sind organisiert in:

Dänemark	58,00 Proz.
Schweden	43,21 "
Finnland	29,68 "
Ungarn	28,75 "
Deutschland	22,62 "
Großbritannien	22,46 "
Oesterreich	20,21 "
Schweiz	19,61 "
Norwegen	17,16 "
Italien	8,51 "

Auch über die Finanzverhältnisse sind in dem Berichte bemerkenswerte Angaben gemacht. Dabei muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß für Großbritannien nur die Zahlen für die 100 größten Trade-Unions in Betracht gezogen sind. Jahreseinnahmen, Jahresausgaben

und Vermögensbestand aller Organisationen im Jahre 1907 liefern folgendes Bild:

Land	Jahres-einnahme	Jahres-ausgabe	Vermögens-bestand
	M.	M.	M.
Deutschland	57 454 561	47 914 202	38 567 118
Großbritannien	50 738 289	41 802 095	114 726 401
Oesterreich	6 902 649	6 075 571	7 485 183
Schweden	3 034 149	2 058 834	2 435 306
Belgien	1 688 797	1 041 441	2 272 302
Ungarn	1 633 155	1 528 363	1 151 972
Niederlande	1 255 992	995 450	2 205 771
Dänemark	2 348 012	1 797 615	3 227 947
Norwegen	1 180 611	859 790	822 534

Der internationale Bericht berechnet für das Jahr 1907 für 4 845 364 Gewerkschaftsmitglieder in folgenden 13 europäischen Ländern: Großbritannien, Niederlande, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien und Schweiz eine Gesamtjahreseinnahme von 124,5 Millionen Mark (gegen 108,3 Millionen Mark i. J. 1906), eine Gesamtausgabe von 102,8 Millionen Mark (gegen 91,4 Millionen Mark i. J. 1906) und einen Vermögensbestand von 164,2 Millionen Mark (gegen 150,5 Millionen Mark i. J. 1906). Es ist also bei sämtlichen Posten eine beträchtliche Steigerung zu beobachten.

Für Unterstützungen wurden 1907 insgesamt 43 Millionen Mark, für Streiks und Aussperrungen 19,6, für Verwaltung, Agitation, Prozeßkosten, Generalversammlungen usw. 29,7 Millionen Mark verausgabt. Gegen 1906 waren die Unterstützungseinnahmen um rund 5, die für Streiks und Aussperrungen um rund 2,5 und die für die übrigen Zwecke um rund 1/2 Million Mark niedriger. Die höchsten Ausgaben für Unterstützungen hatte Großbritannien mit 27,8 (25,6 Millionen Mark),*) dann folgten Deutschland mit 13,97 (9,3) und Oesterreich mit 2,4 (1,9) Millionen Mark. Danach sind in Deutschland von den Organisationen im Jahre 1907 gegen 1906 rund 4,5, in Großbritannien rund 2,2 und in Oesterreich rund 1/2 Million Mark mehr an Unterstützungen gezahlt worden. In dem Wachsen der Unterstützungseinnahmen spiegelt sich die im Jahre 1907 einsetzende wirtschaftliche Krise wider.

Für Streiks und Aussperrungen wurde der höchste Betrag in Deutschland mit 15,2 (15,8) Millionen Mark ausgegeben, während für den gleichen Zweck in Großbritannien nur 2,7 und in Oesterreich 1,5 Millionen Mark aufgewendet wurden.

Sehr viel höher als in Großbritannien sind in Deutschland nicht nur die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen, sondern auch die für Verwaltung, Agitation und Presse. Sie belaufen sich nämlich auf 17,7 Millionen Mark, was 37 Prozent der Gesamtausgaben gleich kommt. Daß die Beträge für Unterstützungen in Deutschland wesentlich niedriger sind als in Großbritannien, findet eine Erklärung in dem Fehlen einer staatlichen Arbeiterversicherung in letztgenanntem Lande.

Im allgemeinen weist die Organisation der Arbeiter eine starke Zunahme auf. Vergleicht man die Mitgliederzahlen des Jahres 1907 mit denen des Jahres 1903, so ergibt sich eine Zunahme

in Deutschland	um 1 169 649 Mitgl.
„ Großbritannien	„ 503 150 "
„ den Vereinigt. Staaten	„ 121 085 "
„ Frankreich	„ 250 586 "
„ Oesterreich	„ 346 429 "

*) Die eingeklammerten Ziffern sind die des Jahres 1906.

Die Vermehrung betrug danach in Deutschland fast allein so viel wie in den übrigen vier Ländern zusammengenommen.

Auch sonst macht der Bericht, der auch im „Reichsarbeitsblatt“ eingehend besprochen wird, manche interessante Angaben. Mit aller Deutlichkeit geht aus ihm hervor, daß für die Agitation noch ein reiches Feld übrig ist. In Deutschland ist noch nicht einmal der vierte Teil der Arbeiter organisiert. Ein schlimmes Zeichen für den Indifferentismus der Massen! Die Organisationen sollten daraus erkennen, wie sie ihre Agitation zu führen haben. Nicht gegen den Andersorganisierten soll sich ihre Kraft wenden, sondern gegen die Unorganisierten. Da haben sie wahrlich genug zu tun!

Weitere Lohnrückereien in Sicht?

„Die Konjunktur muß ausgenutzt werden“, so denkt offenbar der Bund der Industriellen, der nach Mitteln sucht, die Wirkungen des neuen amerikanischen Zolltarifs, der unserer Ausfuhr in der Tat erheblich Abbruch tun muß, möglichst abzumildern. Verschiedenen großen Tageszeitungen ist nämlich aus dem Bureau der genannten Industriellen-Vereinigung mit der Bitte um Aufnahme folgende Notiz zugegangen:

„Zum neuen amerikanischen Zolltarif erklärt der Bund der Industriellen, daß die einzige Möglichkeit, dem zum größten Teil erhöhten Zolltarif der Vereinigten Staaten, der namentlich die deutsche Kleintextil- und Textilindustrie schwer trifft, wirksam zu begegnen, darin zu erblicken sei, daß die Herstellungskosten auf Grund der bei uns bislang noch billigeren Lebenshaltung wesentlich geringer bleiben müßten. Es erweise sich die Entschleunigung aller beteiligten Kreise in Deutschland, die Erzeugungskosten weber direkt noch indirekt zu erhöhen, als die beste Abwehr der amerikanischen Einfuhrerschwerungen. Diese Entschleunigung müsse nicht nur bei der deutschen Regierung und beim Reichstag, sondern auch bei den deutschen Arbeitern Platz greifen.“

Trotz der vorsichtigen Abfassung dieser Zuschrift läßt sie doch recht tief blicken. Unter den Herstellungskosten und Erzeugungskosten spielen die Arbeitslöhne zweifellos eine große Rolle. Es steht also zu befürchten, daß bei der Verminderung jener Kosten in erster Linie auch an eine Herabsetzung der Löhne gedacht wird. Zu dieser Annahme berechtigt auch der Appell an die deutschen Arbeiter im letzten Satze. Sollte wirklich vielleicht mit Rücksicht darauf, daß sich die Arbeiter in der gegenwärtigen schlechten Geschäftslage manches haben bieten lassen, was sie sonst auf keinen Fall ruhig hingenommen hätten, der Versuch gemacht werden, die Löhne weiter zu drücken, so müßte dagegen mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden. Die Löhne in der Kleintextilindustrie sind ohnehin schon recht aufbesserungsbedürftig, und diejenigen in der Textilindustrie werden mit Recht als Hungerlöhne bezeichnet. Eine weitere Herabsetzung können sie überhaupt nicht mehr ertragen. Im Gegenteil, sie müssen erhöht werden, da sie während der Krise an vielen Orten erheblich reduziert worden sind. Wenn man, entgegen sich nichts einwenden läßt, die Produktionskosten vermindern will, so soll man das versuchen durch Einführung von technischen Verbesserungen im Betriebe. Denn die Lohnrückereien sind auch das allerungünstigste Mittel dazu. Gerade die bei uns üblichen niedrigen Löhne, die eine Schmutzkonzurrenz ermöglicht haben, haben es mit sich gebracht, daß Amerika die Zölle auf eine Reihe von Textilwaren nicht unerheblich erhöht hat. Die Hungerlöhne sind es, die besonders in einzelnen sächsischen Industrien gezahlt werden, die in den Vereinigten Staaten, wo man den Arbeiter ganz anders zu entlohnen

pflegt, sehr viel böses Blut gemacht haben und dazu beitragen, daß die gefeßgebenden amerikanischen Körperschaften jenen Zoll erhöhungen zugestimmt haben. Wenn man jetzt also versuchen wollte, die Löhne noch weiter zu drücken, um damit die Schmutzkonkurrenz noch ärger betreiben zu können, so würde das sicherlich nur die Wirkung haben, daß Amerika die Zölle für Textilwaren über kurz oder lang noch weiter erhöhte.

Man sollte eigentlich annehmen, daß eine Organisation, wie der Bund der Industriellen, solche Erhöhungen selbst anstellen könnte. Schlimm genug, daß er erst von andern darauf aufmerksam gemacht werden muß. Das aber kann heute schon gelagt werden: Sollte wirklich der Versuch unternommen werden, das Einkommen der Textilarbeiter noch weiter zu schmälern, die sprichwörtlichen Hungerlöhne noch herabzusetzen, so würde sich dagegen ein energischer Widerstand erheben und die Textilarbeiter würden dabei sicherlich von der gesamten deutschen Arbeiterchaft auf das lebhafteste unterstützt werden.

Die berufliche Ausbildung unserer weiblichen Jugend.

Unsere sozialen Verhältnisse drängen die Frau immer mehr und mehr aus ihrem natürlichen Berufe als Hausfrau und Mutter heraus und in das Berufsleben hinein. Die konfirmierte Tochter muß in die Fabrik oder ins Geschäft gehen, um mit zu verdienen; nur die allerwenigsten treten in ein Dienstverhältnis, um die Arbeiten eines geordneten Haushaltes zu erlernen und sich für ihren künftigen Hausfrauenberuf vorzubereiten. Diese Erkenntnis war im letzten Jahrzehnt die Veranlassung zur Gründung der Koch- und Haushaltungsschulen für die Schulmädchen der oberen Klassen unserer Volksschulen in verschiedenen Orten unseres deutschen Vaterlandes, und dank der Fürsorge unserer Staats- und Schulverwaltungen haben sich dieselben vortrefflich entwickelt, so daß sie einen geeigneten Ersatz für die häusliche Unterweisung der jungen Mädchen durch die Hausfrau und Mutter zu bieten vermögen. Freilich sind diese Koch- und Haushaltungsschulen für die Schülerinnen der oberen Klassen noch nicht überall und derartig ausgestaltet, wie diejenigen der Londoner Schulen, in denen nicht nur das Kochen, sondern auch alle andern Arbeiten, die einer guten Hausfrau täglich obliegen, eingeführt worden sind und mit gutem Erfolg betrieben werden; aber bei dem Interesse, das die Schulbehörden diesen Veranstaltungen und Einrichtungen entgegenbringen, darf man wohl mit Sicherheit annehmen, daß diese Koch- und Haushaltungsschulen sich allmählich zur obligatorischen Mädchenfortbildungsschule entwickeln werden, wie sie bereits in Baden, Württemberg und Bayern existiert; es werden dann in ihnen auch neben den genannten Unterrichtsgegenständen die weiblichen Handarbeiten (Stopfen, Nicken, Anfertigung von Kinderkleidern und Kinderwäsche, Web- und Bettwäsche, Ausbessern von Kleidungsstücken usw.), der Unterricht in hauswirtschaftlicher Buchführung, Erziehungslehren, die Lehren über Ernährung und Pflege der kleinen Kinder, Kleidung und Wohnung, über die Familie im engeren und weiteren Sinne, die geistige und sittliche Erziehung der Kinder und dergleichen, in der Krankenpflege und im Samariterdienst usw. ihre gebührende Beachtung finden. Und gewiß wird auch bei der Neubearbeitung des sächsischen Volksschulgesetzes die obligatorische Mädchenfortbildungsschule für alle aus der Volksschule entlassenen Mädchen Berücksichtigung finden.

Aber ein großer Teil unserer schulentlassenen Mädchen wendet sich auch nach der Schulentlassung den kaufmännischen Geschäften zu, um sich dort entweder im Kontor oder als Kassiererin oder Verkäuferin und dergleichen eine gesicherte Position zu schaffen. Ohne Zweifel besitzen die weiblichen kaufmännischen Angestellten das gleiche Recht auf Bildung wie die männlichen. Freilich stellen sich als Verkäuferinnen mehr und mehr Mädchen zur Verfügung, denen es an der nötigen Rechenfertigkeit mangelt. Es ist selbstverständlich, daß derartige Mängel beseitigt werden müssen; die weibliche Jugend muß dieselbe Vor- und Ausbildung erhalten wie die männlichen Handlungsgehilfen. Halbjährliche, jährliche Kurse mit geringer Stundenzahl genügen nicht. Es liegt im Interesse der Schülerinnen selbst, daß ihre Ausbildung in obligatorischen Fortbildungsschulen für die kaufmännische weibliche Jugend begründet werde, in denen eine planmäßige Unterweisung und gegenseitige Ergänzung der Disziplinen gesichert wird. Daher bestimmt auch die deutsche Gewerbeordnungsnovelle vom 26. Juli 1900, daß durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes für männliche Arbeiter unter

18 Jahren sowie für weibliche Handlungsgehilfen und -lehrlinge unter 18 Jahren die Verpflichtung zum Besuche einer Fortbildungsschule begründet werde. Allerdings ist man an vielen Orten noch nicht über statistische Erhebungen hinausgekommen; an vielen Orten scheitert die Einführung an den Opfern, welche diese Einrichtung erfordert, und an vielen Orten ist man noch nicht von der Notwendigkeit dieser obligatorischen kaufmännischen Fortbildungsschulen für weibliche kaufmännische Angestellte überzeugt. Es wird aber die Zeit kommen, in der sich auch diese Schulgattung als ein Segen für den Kaufmannstand und für die weiblichen Angestellten im kaufmännischen Beruf erweisen wird, nur muß sie von vornherein einen beruflichen Charakter an sich tragen. Wenn gesagt wird, daß die weiblichen Handlungsgehilfen kein Bildungsstreben besitzen, so lehrt die Erfahrung, daß zwar fakultative kaufmännische Kurse wegen Mangel an Beteiligung aufgelöst worden sind, während von den Teilnehmerinnen berichtet wird: „daß sie nicht nur die Hindernisse regelmäßigen Schulbesuchs aus dem Wege geräumt, sondern sich auch durch Verneiner und musterhafte Führung ausgezeichnet haben“. Sämtliche Schulleiter erklärten auf eine bezügliche Umfrage, daß sich die Einführung der Fortbildungsschulpflicht für weibliche Angestellte bewährt habe. Und die Lehrerschaft stellt den Mädchen ein weit besseres Zeugnis aus als den Knaben.

Die Mädchenfortbildungsschulen sollen retten und vorbeugen und die Verursachung der schulentlassenen Mädchen und die Entwicklung zu sittlichen Charakteren fördern. Daher hat auch der Bundesrat auf die vielfachen Petitionen hin am 12. Dezember 1907 eine Vorlage an den Reichstag gelangen lassen, nach welcher die Fortbildungsschule für die in Gewerbebetrieben beschäftigten weiblichen Personen unter 18 Jahren durch Lokalstatut eingeführt werden kann. Dadurch wird ein neuer Grundstein gelegt für die Ausbildung und Erziehung unserer weiblichen Jugend.

Für die wissenschaftliche Ausbildung unserer weiblichen Jugend hat sich durch den kaiserlichen Erlass vom 15. August 1908 und durch den preussischen Ministerialerlass vom 18. August 1908 eine weite Perspektive eröffnet. Möge diese Neuordnung der Verhältnisse dem deutschen Volke und namentlich unserer weiblichen Jugend zum Segen gereichen!

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 24. September 1909.

Gott behüte uns vor unseren Freunden! In unserer Nr. 75 mußten wir uns leider wieder einmal mit der Berliner „Volkzeitung“ beschäftigen. Sie hatte eine von Unwahrheiten strotzende Zuschrift über die Reichstagskandidatur in Halle gebracht, die nebenbei auch einige unserer Verbandsvorsitzenden schwer verletzende Äußerungen enthielt. Auch in Halle hat jene „Zuschrift von gut unterrichteter Seite“ lebhaftes Befremden hervorgerufen. Der Vorsitzende unseres dortigen Ortsverbandes, der Kollege Krüger, hat deshalb eine Richtigstellung an die Berliner „Volkzeitung“ gekandt, die folgenden Wortlaut hat:

Erklärung.

Die von gut unterrichtet sein wollender Seite an dieser Stelle (Berliner „Volkzeitung“) unter dem Titel „Der Standal von Halle gemachten Mitteilungen sind, mit Ausnahme einiger belangloser Einzelheiten, so sehr jenen Schimmern von Wahrheit bar, daß im Interesse der Leser dieses Blattes und des Ansehens der Deutschen Gewerbevereine (D.G.V.) und ihres Führers folgende Richtigstellung geboten erscheint:

„Den Mitgliedern der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine im Halleschen Wahlkreise ist niemals die Frage, ob sie eine Kandidatur Goldschmidt für den Reichstag unterstützen wollen, von irgend einer Seite gestellt worden. Sie können demnach auch niemals in die Lage gekommen sein, die Unterstützung einer solchen Kandidatur abzulehnen. Soweit von führenden Personen der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine und anderer bedeutender Arbeitervereinigungen des hiesigen Wahlkreises im außergerichtlichem Kreise die Kandidaturfrage zur Erörterung kam, geschah das mit der allseitig vorherrschenden bestimmten Absicht, die Aufstellung der Kandidatur Goldschmidt zu erwirken und diese in allen Phasen des Wahlkampfes zu unterstützen.“

Es sei hiermit festgestellt, daß die Halleser Gewerbevereiner, trotzdem sie im einzelnen nicht die parteipolitische Ansicht ihres Verbandsvorsitzenden teilen, doch mit einer einzigen Ausnahme hinter diesem stehen und mit ihnen die noch nach Tausenden zählenden nationalen Arbeiter des hiesigen Wahlkreises.

Zur weiteren Charakteristik der „Der Standal von Halle“-Notiz sei noch bemerkt, daß der für das Landtagsmandat in Aussicht genommene Kandidat, Herr Deltius, nicht Mitglied der Jungliberalen ist, sondern der freisinnigen Volkspartei angehört. Die an diese Auffassung der „gut unterrichteten Seite“ geknüpften liebenswerten Bemerkungen sind somit auch hinfällig. Die Tendenz der Notiz ist zu offenbar, als daß sie nicht

auf den ersten Blick als das erkannt werden könnte, was sie ist.

Halle a. S., Raffineriestr. 5.
W. Krüger,
Vorsitzender des Ortsverbandes der Deutschen Gewerbevereine (D.G.V.) zu Halle a. S.

Als Ortsverbandsvorsitzender muß stollege Krüger natürlich die Verhältnisse in Halle und die Stimmung unserer dortigen Kollegen kennen, und man hätte annehmen müssen, daß die „Volkzeitung“ nun auch dieser „Zuschrift von gut unterrichteter Seite“ Raum in ihren Spalten gewährt hätte. Das ist indessen nicht der Fall. In ihrer Abendausgabe vom Dienstag, den 21. September, finden wir lediglich folgende Notiz:

„Zur Wahl in Halle wird uns von dort mitgeteilt, daß die Halleser Gewerbevereiner, trotzdem sie im einzelnen nicht die parteipolitische Ansicht ihres Verbandsvorsitzenden teilen, doch mit einer einzigen Ausnahme hinter ihm stehen.“ Eine praktische Bedeutung hat der Inhalt dieser Behauptung, wie bekannt, nicht, da tatsächlich nicht der Verbandsvorsitzende der deutschen Gewerbevereine, sondern Herr Reumann kandidiert. Ferner wird uns mitgeteilt, daß Herr Deltius nicht Mitglied der Jungliberalen ist, sondern der freisinnigen Volkspartei angehört. Auch dies ist praktisch von geringer Bedeutung, da die Jungliberalen in einigen politischen Fragen weiter nach links stehen als die freisinnigen volksparteilicher Oberbank.“

So sieht die Objektivität und Gewerbevereinsfreundlichkeit der Berliner „Volkzeitung“ aus. Einen weiteren Zusatz können wir uns ersparen. Vielleicht legt sich aber der eine oder der andere unserer Kollegen einmal die Frage vor, wer wohl den Preis in der objektiven Berichterstattung verdient, der „Vorwärts“ oder die „Volkzeitung“.

Eine amtliche Bestätigung der durch die Tabaksteuer geschaffenen Notlage finden wir in der letzten Nummer des „Reichsarbeitsblatt“. Da heißt es:

„Der bisher guten Beschäftigung in der Zigarettenindustrie ist im Zusammenhange mit den finanzgesetzlichen Maßnahmen rasch der Rückschlag gefolgt. In den meisten Zigarettenfabriken des Reichs, der Kreise Wigenhausen und Offenbach, und hier besonders in den in ländlichen Ortschaften errichteten Zweigbetrieben, ist es mit dem Tage der Einführung der Tabaksteuer zu weitgehenden Betriebs Einschränkungen gekommen. Die Arbeitszeit wurde in fast allen Betrieben verkürzt, eine Reihe von Zweigfabriken wurde gänzlich geschlossen.“

Ob den Steuerbewilligern angesichts solcher Schilderungen nicht doch das Gewissen zu schlagen anfängt?

Ueber die Einführung einer Gemeindeunfallversicherung auf dem Lande ist verschiedenen Blättern eine Zuschrift zugegangen, die der weitest Beachtung empfohlen zu werden verdient.

In Bayern hat man einen sehr beachtenswerten Versuch auf sozialpolitischem Gebiet gemacht, der vielleicht berufen ist, die staatliche Unfallversicherung in Deutschland durch ein neues Versicherungsgebilde ländlicher Gemeinden zu ergänzen. Selbständige Bauern unterliegen bekanntlich nicht der Krankenversicherung, während sie durch ihre Beiträge zur staatlichen Unfallversicherung entschädigungsberechtigt durch die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sind. Da aber die staatliche Unfallversicherung die Verletzten erst nach Ablauf der 13. Woche — während dessen die Krankenversicherung eintritt — entschädigt, so geben die selbständigen Bauern während dieser Zeit leer aus. Da nun aber nach der Reichsstatistik durchschnittlich etwa nur die Hälfte der angemeldeten landwirtschaftlichen Unfälle entschädigt wird, fallen die leichtsten und mittelschweren Fälle mit kürzerer Nachwirkung in der Regel aus. Aus diesem Grunde ist man mit der Gründung einer Gemeindeunfallversicherung auf genossenschaftlicher Grundlage vorgegangen, die hauswirtschaftliche und Betriebsunfälle bis zur Dauer von 90 Tagen entschädigt. Von seiten der bayerischen Regierung ist von den Gemeinden ein Gründungsfonds von 100 Mk. aus Gemeindegeldern und die Bildung eines Reservefonds von 600 Mk. verlangt worden. Die Höhe der Beiträge ist bei der durchweg ehrenamtlichen Verwaltung sehr gering. Eine Ausbreitung dieser Gemeindeunfallversicherungen würde zweifellos zu einer erheblichen Entlastung der staatlichen Unfallversicherung führen. Die Einrichtung beruht auf einem Statut, das von dem praktischen Arzt Dr. Jaks in Tübingen entworfen ist. Die erste Kasse ist inzwischen in Stetten eingerichtet.

Es handelt sich also um eine auf genossenschaftlicher Selbsthilfe beruhende Einrichtung mit kommunaler Unterstützung, der man nur die weitest Verbreitung wünschen kann. Die bayerische Regierung allerdings will, wie der „Frank. Kur.“ entgegen obiger Meldung erfahren haben will, von dem Plane der hohen Kosten wegen nichts wissen. Hoffentlich läßt er sich auch ohne ihre Hilfe durchführen!

Arbeiterbewegung. Der Kampf im südwestdeutschen Holzgewerbe dauert fort, jedoch haben die Aussparungen noch keinen erheb-

lichen Umfang angenommen. — Nach über viertel-jährlicher Dauer ist der Streik der Pflasterer in Würzburg mit einem Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Die Affordarbeit wurde abgelehnt und der Stundenlohn um 5 Pfg. erhöht. — In Eckernförde standen seit 10 Wochen die Bauarbeiter im Streik. Derselbe ist jetzt beendet; die Erfolge der Arbeiter sind nur gering.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Arbeitskonfliktes in Schweden werden noch fortgeführt. Wichtige Entscheidungen sind noch nicht getroffen worden. Von einer Wiederaufnahme der Beschäftigung in dieser Woche kann jedenfalls keine Rede sein.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat August weist nach dem „Reichsarbeitsblatt“ überwiegend eine allmähliche Aufwärtsbewegung der Beschäftigungskurve auf, wenn auch in den verschiedenen Industrien und Teilen Deutschlands die Situation keineswegs gleichartig war. So war die Lage auf dem Ruhrkohlenmarkt unverändert unbefriedigend, während die Nachrichten aus den schlesischen Revieren und aus dem mitteldeutschen Braunkohlengebiet vorwiegend günstig lauteten. Besonders der Absatz von Hausbrandkohle zur Auffüllung der Wintervorräte hat sich gehoben. Auch in der Metall- und Maschinenindustrie belebte sich der Geschäftsgang. Der Stahlwerksverband konnte seinen Verband steigern. Ebenso hat sich die ungünstige Lage der Gießereien teilweise — so in Sachsen und Westdeutschland — gebessert. Die elektrische Industrie war ebenfalls höher beschäftigt als im Vormonate. Das Baugewerbe verzeichnete fast allenthalben noch eine befriedigende Tätigkeit. Eine zum Teil stark erhöhte Beschäftigung trat in den verschiedenen Zweigen der Bekleidungsindustrie ein. Teilweise, vor allem in den Großstädten, herrschte Mangel an Arbeitskräften. Dagegen hatte die Textilindustrie noch immer unter ungünstigen Verhältnissen zu leiden. Die Lage der Tabakindustrie hat sich nach der ungünstigen Seite hin verändert. Auf die angestrengte Tätigkeit, die im Vormonate und auch noch in der ersten Hälfte des Berichtsmontats herrschte, ist mit dem 15. August, dem Tage des Inkrafttretens des Wertsteuergesetzes, ein Rückschlag zu verzeichnen. Auch im Brauereigewerbe hat seit der Mitte des Monats teilweise einsetzende Preiserhöhung ein zeitweiliger Rückgang des Absatzes Platz gegriffen.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen ergab sich am 1. September 1909 gegen den 1. August 1909 eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 9542 Personen (mehr 1781 männliche, mehr 7761 weibliche). Im Vorjahre hatte sich an dem gleichen Zeitpunkt eine Abnahme von insgesamt 941 Personen herausgestellt, die sich aus einer Abnahme von 9662 männlichen und einer Zunahme von 8721 weiblichen Mitgliedern zusammensetzte. Der Beschäftigungsgrad stand demnach im August 1909 über dem der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Berichte der Arbeitsnachweise geben kein einheitliches Bild, lauten jedoch in der Mehrzahl günstiger als im Vormonate. Nach dem Berliner Berichte besserte sich die Beschäftigungsgelegenheit für ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen wesentlich; auch im Baugewerbe, besonders im Tiefbau, herrschte rege Nachfrage nach Arbeitskräften. Der Bericht aus Westfalen spricht sich im allgemeinen ungünstig aus, meldet jedoch ebenfalls eine Belebung im Baugewerbe und in der Bekleidungsindustrie. Die westdeutschen und süddeutschen Berichte lauten ziemlich gleichartig; fast alle lassen erkennen, daß sich in der Mehrzahl der Industrien der Beschäftigungsgrad etwas gehoben hat.

Die Verkehrseinnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im August 1909 um 4 051 851 Mark höher als im gleichen Monate des Vorjahres; das bedeutet eine Mehrerinnahme von 32 Mark oder 1,22 Prozent auf 1 Kilometer.

Weste! Das Gewerkschaftshaus in Cassel ist finanziell zusammengebrochen. Die Ursachen liegen in Schwierigkeiten, die dadurch entstanden sind, daß die Gesellschaft nicht möglich war, außer der ersten Hypothek weitere Mittel zu beschaffen. Die Folge war, daß trotz des ausgezeichneten Geschäftsganges die Baugenossenschaft ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnte und der Konkurs hereinbrach. Der „Vorwärts“ berichtet weiter über den Vorfall:

„Als mit dem Bau begonnen wurde, war den Beauftragten der Gewerkschaften von vertrauenswürdigster Seite die Beschaffung von Hypothekengeldern bestimmt versprochen worden. Diese Versprechungen wurden nicht gehalten oder besser gesagt, konnten nicht gehalten werden, weil eine fürchterliche wirtschaftliche Krise einsetzte, die bis auf den heutigen Tag andauert und viele geschäftliche Unternehmungen, auch in Cassel, verlustet hat. Alle Bemühungen des Vorstandes der Baugenossenschaft, Hypo-

theten zu beschaffen, waren vergeblich. Den Casseler Gewerkschaften weitere Opfer an dauernden Beiträgen aufzuerlegen, um die laufenden Verpflichtungen decken zu können, erschien unmöglich, da alle Sanierungsversuche als aussichtslos angesehen werden mußten, nachdem sicher feststand, daß Hypotheken in ausreichender Höhe nicht zu bekommen waren, andererseits aber die Rückzahlung der Baugelder verlangt wurde“.

Tiefer Vorang sollte allen denjenigen eine Warnung sein, die sich für den Erwerb eigener Verbandshäuser und dergleichen so sehr ins Zeug legen.

Christliche Duldsamkeit. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, Organ der katholischen Knappen- und Arbeitervereine, brachte in Nr. 38 einen Bericht über den Bezirksdelegiertentag des Dekanats Dorsten, auf welchem auch die Frage zur Beratung stand, wie sich die katholischen Knappen- und Arbeitervereine zu den einzelnen Gewerkschaftsrichtungen stellen. Nach einem Referat des Arbeitersekretärs Gable wurde ein Antrag des Vereins Dorst einstimmig angenommen, aus dem uns folgende wörtlich zitierte Stellen ganz besonders interessieren:

1. Denjenigen Mitgliedern, welche noch nicht einer christlichen Gewerkschaft angehören, wird dringend angeraten, einer solchen beizutreten.
2. Mitglieder, denen nachgewiesen wird, daß sie gegen die christlichen Gewerkschaften öffentlich oder privatim agitatorisch tätig sind, werden vom Vorstand ausgeschlossen.
3. Mitglieder, welche einer den christlichen Gewerkschaften gegenüber geheimeren Arbeiterorganisation angehören, müssen, wenn dieselben nicht nach einer Ermahnung seitens des Vorstandes in einer von demselben festgesetzten Zeit ihren Austritt aus der in Frage kommenden Organisation erklären, ausgeschlossen werden. Als geheimeren Organisationen sind anzusehen die sog. „freien“ Gewerkschaften, die „Kirch-Dunderschen“ und gelben Gewerkschaften.

Damit wird wieder einmal klar bewiesen, wie die Willensfreiheit und Ueberzeugungstreue der Mitglieder dieser Vereine geachtet wird.

Mitglieder, die schon jahrelang den Kirch-Dunderschen Gewerkschaften angehört und sich darin wohl gefühlt haben, werden strupplos vor die Alternative gestellt, aus einem der beiden Vereine auszutreten, nur um den „religionsfeindlichen“ Kirch-Dunderschen Mitgliedern abzugeben und sie dann als „überzeugte“ Anhänger den christlichen Gewerkschaften zuzuführen. Ob diese Handlungsweise „christlich“ ist, darauf kommt es bei diesen Verrätern nicht an; der Zweck heiligt die Mittel. Ueberhaupt mehren sich die Anzeichen, daß wieder einmal ein Feldzug gegen die Gewerkschaften von jener Seite in Vorbereitung ist. In Erfelden (Nheinl.) wurde dem Ortsverein der Maschinenbauer auf Vorstellungen des Beamten vom christlichen Metallarbeiterverbande dem Wirt das Lokal abgefragt, angeblich, weil der christliche Verband mit den „religionslosen“ Kirch-Dunderschen nicht in einem Saale tagen könne. Dem Wirt, dem die Sache unangenehm war, gab man durch allerlei Winke zu verstehen, welche unangenehmen Folgen seine Weigerung für ihn haben könnte.

Unsere Kollegen erlauben wir, sich durch derartige Maßnahmen nicht einschüchtern zu lassen, sondern sich fester um unsere bewährte Fahne zu scharen und den Gegnern zu beweisen, daß sie trotz jener unchristlichen Machinationen fest und treu zu unserer Sache stehen.

Ueber die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften i. J. 1907—1908 hat das Kaiserliche Statistische Amt zum ersten Male genaue Erhebungen angestellt und eine eingehende Arbeit veröffentlicht. Von den am 30. Juni 1908 vorhandenen 5166 Aktiengesellschaften (mit Ausschluß der in Liquidation und Konkurs befindlichen) kamen für die Rentabilitätsstatistik 4578 sogenannte reine Erwerbsgesellschaften in Betracht. Dem auszuscheiden waren alle Gesellschaften mit nichtwirtschaftlichen Zwecken, solche, die sachungsgemäß die Gewinnerzielung oder Dividendenverteilung ausschließen oder beschränken, endlich solche, deren Bilanzen nicht oder lückenhaft veröffentlicht wurden, ohne daß durch Rückfragen Aufklärung zu erzielen war. Das eingezahlte Aktienkapital der 4578 Gesellschaften betrug am Tage des Bilanzabchlusses 12 788,85 Millionen Mark. Die echten Reserven beliefen sich auf 2660,66 Millionen Mark.

Besondere Beachtung verdienen die erstmalig in Statistiken dieser Art gebotenen Zahlen für die im Umlauf befindlichen Obligationen mit 2913,10 Millionen Mark. Hierbei sind die Wandbriefe usw. der Hypothekendarlehenbanken, deren Umlauf am 30. Juni 1908 3906,04 Millionen Mark betrug, nicht mit eingerechnet.

Die Statistik für 1907-08 verzeichnet: a) 3906 Gesellschaften mit Jahresgewinn, b) 598 mit

Jahresverlust und c) 74 ohne Jahresgewinn oder -verlust. Bei den Gesellschaften zu a) belief sich der Jahresgewinn auf 1351,38 und bei denen zu b) der Jahresverlust auf 71,44 Millionen Mark, so daß der Jahresmehrerwerb von sämtlichen 4578 reinen Erwerbsgesellschaften 1279,94 Millionen Mark betrug. Vergleicht man diesen Betrag mit dem eingezahlten Aktienkapital, so ergibt sich für die Gesellschaften eine durchschnittliche Rentabilitätsziffer von 10,1 Prozent, und wenn man zweckmäßigerweise das ganze Unternehmungskapital (Aktienkapital und Reserven) berücksichtigt, eine Ziffer von 8,4 Prozent. Wenn man die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften vom Standpunkt der Aktionäre kennen lernen will, so bieten die Zahlen für die ausgeschütteten Dividenden einen gewissen Anhalt, wenn auch keinen genauen Aufschluß, weil noch andere Einnahmen (z. B. aus Bezugsrechten) hinzutreten und Aktionärlustige infolge von Liquidationen oder Konkursen der Gesellschaften, sowie infolge von Zusammenlegungen des Aktienkapitals bei Sanierungen abgezogen werden mußten. Von den 4578 Gesellschaften haben im Jahre 1907-08 nur 3425 eine Dividende verteilt. Die Dividendensumme betrug 1022,60 Millionen Mark. Auf den eingezahlten Betrag des Aktienkapitals aller 4578 Gesellschaften macht dies 8,1 Prozent aus. Zu berücksichtigen ist hier, daß die durchschnittliche tatsächliche Verzinsung des in Aktien angelegten Kapitals niedriger sein wird, weil die Aktionäre die Aktien in der Mehrzahl der Fälle mit einem Ueberpreis über den Nennbetrag bezahlen müssen.

Streiks und Ausperrungen in Belgien. Wie dem Jahresberichte des belgischen Arbeitsamtes über die Arbeiterbewegung für das Jahr 1908 zu entnehmen ist, haben im genannten Jahre 101 Ausstände und 8 Ausperrungen stattgefunden. An den Streiks haben 14 166 Arbeiter teilgenommen, die ein Zwangsfeiern von 5615 Arbeitern im Gefolge hatten. Die 8 Ausperrungen hingegen betrafen 3127 Arbeiter. Von den Streiks waren 247 industrielle Betriebe betroffen, die über ein Personal von 35 470 Arbeitern beiderlei Geschlechtes verfügten; von den Ausperrungen wurden 177 industrielle Unternehmungen in Mitleidenschaft gezogen. Im ganzen hat sich ergeben, daß die Ausstände weniger zahlreich waren als im vorhergehenden Jahre; auch endeten sie weniger zugunsten der Arbeiter als im Jahre 1907, denn der Prozentsatz für dieses Jahr stellte sich zu ihren Gunsten auf 154 per Tausend gegen 34 per Tausend im Berichtsjahre 1908.

Den Bildungsbestrebungen der Berliner Kollegen wird jetzt mit dem Eintritt des Herbstes in reichstem Maße Rechnung getragen. Soeben hat die Humboldt-Akademie ihr Vorlesungsverzeichnis für das vierte Quartal 1909 verhängt. Die gebotenen Vorträge erstrecken sich auf das Gebiet der Naturwissenschaften und Medizin, der Philosophie, Religionswissenschaft, der bildenden Kunst und Musik und der Literaturgeschichte; auch die Völker- und Länderkunde, sowie die Volkswirtschafts-, Staats- und Rechtslehre kommen zu ihrem Rechte. Außerdem ist eine große Reihe von Sprachkursen vorgesehen, die die Einführung und Weiterbildung in vielen fremden Sprachen ermöglichen. Das Lehrvierteljahr beginnt am 7. Oktober und schließt am 15. Dezember; für jede Vorlesung sind 10 Stunden vorgesehen. Nähere Einzelheiten sind aus dem Vorlesungsverzeichnis zu ersehen, das für 10 Pfg. in allen namhaften Buchhandlungen und Geschäften, sowie in folgenden Verkaufsbureaus der Humboldt-Akademie zu haben ist: Invalidendank, W. 64, Unter den Linden 24; Ernst Gaase, Buchhandlung, W. 35, Potsdamerstr. 116a; Hellwische Buchhandlung, W. 8, Mohrenstr. 52; Kaufhaus des Westens, W. 50, Tauentzienstr. 21; Selmar Kahne, Buchhandlung, S. 14, Pringelstr. 54; Fröhliche Buchhandlung, RD. 18, Landsbergerstr. 32; Sider, Buchhandlung, E. 54, Spisstraße 18; Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, NW. 21, Rübendstr. 6; Verein junger Kaufleute, SW. 19, Beuthstr. 20; Förster u. Meewis, Charlottenburg, Kantstr. 14; E. Ulrich u. Co., Charlottenburg, Berlinerstr. 76.

Auch die „Freie Hochschule Berlin“ hat soeben ihr neues Programm für das Herbstquartal herausgegeben, das wiederum einen erheblichen Zuwachs an Dozenten und Vortragsreihen aufweist. In 73 Vorlesungen werden die wichtigsten Fragen der Weltanschauung, Kunst, Literatur, Medizin, Rechtskunde, Wirtschaftslehre, Technik und Naturwissenschaft einem allgemeinen Verständnis näher gebracht, so daß jeder, der nach Erweiterung und Vertiefung seiner Bildung strebt, hier in reichem Maße seine Wünsche nach allen Richtungen befriedigen kann. Wir entnehmen dem Jahresbericht, daß die 120 Vortragsreihen des letzten Jahres von 9000 Hörern besucht waren, einer im Vergleich

zur Anzahl der Vorlesungen sehr stattlichen Zahl, welche beweist, daß die Bestrebungen einer allgemeinen gediegenen Geistesbildung in der Großstadt, trotz aller sonstigen Darbietungen, einen höchst erfreulichen Widerhall finden. Das Programm (40 Seiten stark) wird kostenlos ausgegeben in sämtlichen Filialen von Voese u. Wolf, in der Hörerbibliothek, Wolfsgangstr. 2, in der Akademischen Lesehalle, Kastanienbäumchen, in sämtlichen städtischen Lesehallen Berlins, in der öffentlichen Bibliothek und Lesehalle, Adalbertstr. 41, in der öffentlichen Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur, Rungestr. 25-27, in beiden städtischen Lesehallen Charlottenburgs: Wilmerdorferstraße 166-167 und Wormserstr. 6a.

Gewervereins-Zeil.

§ Vorkonferenzen. In der letzten Ortsverbandsversammlung, die ziemlich lat befand war, hielt der Kollege J. Ahr einen Vortrag über die Wahlen zu den unteren Verwaltungskörpern, die im Oktober und November dieses Jahres stattfinden. Redner schätzte die Rührhände, die auf dem Gebiete der sozialen Rechtsprechung noch immer vorhanden sind, und hielt es für notwendig, daß auch die Deutschen Gewerksvereine sich einen Einfluß darauf verschaffen müssen. Alle Ortsvereine und Ausschüsse müssen sich deshalb an den bevorstehenden Wahlen beteiligen und dem Ortsverbandsausschuß, der die Leitung dieser Wahlen in der Hand hat, treu zur Seite stehen. Im Anschluß daran regte der Bezirksleiter Kollege Pieper an, im kommenden Winter in eine lebhaftere Agitation einzutreten. Namentlich müßten die Kollegen darauf bedacht sein, durch persönliche Einwirkung von Mund zu Mund Mitglieder für die Organisation zu gewinnen. Am wirksamsten könne dabei eine umfassende Hausagitation sein. Daran aber müßten sich alle Ortsvereine beteiligen. Nur dann könne auch für alle ein Erfolg erzielt werden. Weide Redner fanden mit ihren Ausführungen lebhafteste Zustimmung und erhielten die Zusicherung, daß in der von ihnen angeregten Weise verfahren werden wird.

§ K i r s u a, Ortsverbandsführer.

§ G e r i t. Der Ortsverband hielt am 11. September in Kaufswalde seine Generalversammlung ab. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles hielt der Vorsitzende Kollege Stein einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage. Derselbe ist, wie der Redner nachwies, keineswegs rosig. Der letzte Winter brachte für die Arbeiterschaft verkürzte Arbeitszeit und Lohnreduzierungen. Leider ist nicht anzunehmen, daß sich die Verhältnisse im kommenden Winter wesentlich bessern. Dazu kommt eine unerhörte Steigerung der Lebensmittelpreise, die sich durch die Finanzreform noch verstärken wird. Der Vortragende ging nun auf die Gründung des Hansabundes ein, dessen Zweck es sei, das Uebergewicht der Agrarier zu beseitigen. Das könne nur gebilligt werden, da gerade die Agrarier die Hauptschuld an der finanziellen Notlage des Deutschen Reiches tragen und auch die Steuerungsverhältnisse herbeigeführt haben. Wer die Schulden macht, der soll auch für ihre Deckung sorgen. Deshalb sei es ungerade, wenn man die ohnehin schon schlecht gestellten Klassen noch immer weiter belastet. Weiter ging Redner auf die Veruche der Gastwirte ein, aus der erhöhten Biersteuer auch noch Sonder Vorteile für sich herauszuschlagen. Auch die Milchhändler versuchen im Frühen zu fischen und haben den Preis für das Liter Milch um 8 Pfg. erhöht. So geht alles darauf aus, sich auf Kosten der Arbeiter zu bereichern. Diese müssen deshalb alles aufbieten, um ihre Organisation zu stärken

und auch dem Genossenschaftswesen mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Die Arbeiter können nur auf sich selbst rechnen. Deshalb soll ein jeder ein Agitator sein für unsere Sache, und wenn so alle ihre Schuldbiligkeit tun, wird es auch vorwärts gehen.

Der Vortrag fand allgemeine Zustimmung. In der lebhaften Debatte wurde namentlich das Vorgehen des Reichstages scharf beurteilt. Zum Schluß fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Ortsverbandsgeneralversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Vortragenden einverstanden und verspricht, ihren ganzen Einfluß auf die arbeitenden Klassen auszuüben, daß diese ihren Bedarf an Bier und Milch nur dort zu decken suchen, wo die alten Preise beibehalten sind. Die Versammlung kann keine Notwendigkeit für die Erhöhung der Bier- und Milchpreise anerkennen. Die fortgesetzte Erhöhung der Lebensmittelpreise ist ohnehin schon für den Arbeiter so unerträglich, daß er jede weitere Belastung unbedingt zurückweisen muß.“

Nachdem dann noch verschiedene Fragen ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die hochinteressante Versammlung mit dem Wunsch des Vorsitzenden geschlossen, daß ein jeder das Gehörte beherzigen und danach handeln möge.

R. S c h u b e r t, Ortsverbandsführer.

§ Q u e d l i n s b u r g. Eine eigenartige Stellung zu unserer Ortsverbandsgemeinschaft hat die hiesige Presse eingenommen. Sowohl das „Kreisblatt“ als auch die „Kreisbürger Zeitung“, die sich sonst als gewerkschaftsfreundliche Blätter gebären, haben nicht den Mut gehabt, ausdrücklich den Vortrag des Kollegen Goldschmidt wiederzugeben. Sie beschränken sich vielmehr auf eine ganz kurze Darstellung, und man sieht ihnen deutlich an, wie sie sich quälen, um nur ja nicht der Firma Dippe wehe zu tun. In der „Zeitung“ wird außerdem ein mit v unterzeichnetes Eingelands veröffentlicht, in welchem die sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen der Firma Dippe über den grünen Klee gelobt werden. Gegen diese Wohlfahrts-Einrichtungen hat dabei niemand etwas gesagt. Sie sind sicherlich noch manchem Arbeiter sehr zu statten gekommen und sollen auch gar nicht unterjocht werden. Die Arbeiter aber wünschen keine Wohlfahrten, sondern sie verlangen Rechte. Erwachsene mündige Männer, die selbst wissen, was ihnen gut tut, wollen vor allen Dingen die geringen Rechte, welche ihnen durch das Gesetz gewährt werden, auch ausüben. Wenn die Firma Dippe so arbeiterfreundlich ist, wie der Einfunder sie schildert, weshalb greift sie ihren Arbeitern denn nicht das Koalitionsrecht? Was jetzt haben die Gärtner noch nichts Unbilliges verlangt. Wenn schon der Gedanke, es könnte an dem Fernstudienpunkt gerüttelt werden, die Firma veranlaßt, Arbeiter zu entlassen, weil sie von ihnen geschlechtlich gemährleisteten Rechten Gebrauch machen, dann ist ihre Arbeiterfreundlichkeit keinen Pfifferling wert und verdient nicht anders beurteilt zu werden wie die des Freiherren v. Stumm. Nun, das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist noch nicht gesprochen! Das Verhalten der hiesigen Zeitungen aber werden wir uns merken für die Zeit, wo sie wieder mit Abonnementsanpreisungen an uns herantreten. Dann werden wir ihnen die gebührende Antwort erteilen.

Verbands-Zeil.

4. Quittung über eingegangene Unterstützungsgelder für die am Generalstreik beteiligten schwedischen Seemannskollegen.

Brauer: Berlin M. 100. Bildhauer: Berlin 5. Kabrit- und Handarbeiter: Thon 3,20. Schneider: Breslau I 12. Gölzig 15, Mühleng 5, Wornis 10. Schuhmacher und Lederarbeiter: Guben 2, Halle 6.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Potsdam 1. Köpfer: Jägerhof 5. Ortsverbände: Gölzig (durch die Lappjere) 5. Privat: Rechtsanwalt B in Nürnberg 5. Summa M. 174,20. Vereits quittiert M. 272,35. Ingesamt M. 2901,55. Berlin, den 24. September 1900.

Berichtigung. In der zweiten Quittung muß es heißen: statt Schuhmacher und Lederarbeiter — Maschinenbau- und Metallarbeiter M. 5,50 M.

Berammungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. Mittwoch, 29. September. Vortrag des Kollegen Lewin. Gäste willkommen. — Gewerksvereins-Liedertafel (G.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste sind herzl. willkommen. — Distriktsklub Waabitz. Jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung 6 Nadau, Waldstr. 58. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII. Sonnabend, 25. September, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Verbandshaus, Greifswalderstraße 221/223. Wahl eines Schiedsgerichts u. a.

Orts- und Regionalverbände.

Nachen (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Deucher, Ecke Hanfemampplag und Zilligstraße. — **Leuchter** (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poststr., Distriktskaffe (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Paetor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Bresden** (Distriktsklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandlerbräu, Hebergasse 28, statt. Gäste will. — **Rödn** (Distriktsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Vater Rolping“, Eistergasse. — **Hamburg** (Distriktsklub). Jeden 2. u. 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Dahlsburg** (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hasenlamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsabend. — **Malsheim-Nuß** (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterführung beim Wirt Joh. Möller, Sandstraße 88. — **Cottbus** (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinstr. 120. — **Leipzig** (Gewerksvereins-Liedertafel). Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und himmeltreue Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weißenfels a. S.** (Gesangsabteilung der Gewerksvereine). Uebungsstunde jeden Dienstag, abends 8 1/2 - 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefangene Gewerksvereinskollegen stets willkommen. — **Sterlöhns** (Distriktsklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Zander, Oststr. — **Stettin** (Sängerchor der Gewerksvereine). Die Uebungsstunden finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegierige Kollegen sind herzl. willkommen. — **Gelsenkirchen** (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandsvertreterführung, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal G. Simon, Alter Markt. — **Krefeld** (Ortsverband). Sonntag, 26. September, nachm. 5 Uhr, Vertreterführung bei Kübler, Weltwall. — **Dortmund** (Ortsverband). Sonntag, 26. September, nachm. 3 1/2 Uhr, Vertreterführung bei Wilmann, Krefeldstraße u. Sunderweg-Ecke.

Wendungen bzw. Ergänzungen zum Wrekenverzeichnis.

Karlsruhe (Ortsverband). J. Jber, Vorsitzender, Brauerstr. 5. Kattowitz (Ortsverband). J. Grabow, 2. Schriftführer, Rathausstr. 10.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!
Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begräbnis-Lasse** des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.
Eintrittsgeld 25 Pfg. Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre.
Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.
Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Eintrittsalters 3 bis 9 Pfg.
Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.
Kugellöcher und Material versendet das Verbandsbureau:
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Fahnen, Vereinsabzeichen,

Schäpenc. a. schönsten und billigsten bei Th. Borkop, Oppeln.

Der Zentral-Arbeitsnachweis

der Berliner Ortsvereine (Hirsch-Bund)
NO. 55, Greifswalderstr. 221/23 wird hiermit jedermann zu dienstlicher Vermittlung empfohlen.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Chemnitz (Ortsverb.). Karten und Arbeitsnachweis bei Kollegen Kurt Weigel, Chemnitz-Gabelng. Klausstr. 64.

Primskenau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterführung. Markenausgabe beim Kol. R. Adam, Wlogauerstr. 18.

Cottbus (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Vorkaufspreisen im Werte von 75 Pfennig bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer, Kollegen R. Brungel, Gattenstraße 1.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Schrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl Fahnen und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Aussprechendliches Verbandsbureau Dr. Max Stief. 160x280 mm. Preis 50 Pfg.
Zeitschriften zum Gewerksrechtsgesetz von Dr. Max Stief. Preis 80 Pfg.

Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Stief. Preis 80 Pfg.

Geschichte der Deutschen Gewerksvereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerksvereiner 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 M., 20 Exemplare 7 M., 30 Exemplare 9 M. und 50 Exemplare 12,50 M.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. Schrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Bund) von Dr. Max Stief. Preis 1 Mark.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandelspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Gelbbeitrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erliegt wird. Gelbsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

Wenzen. Durchreisende erd. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei G. Gerbe, Wenzelsgraben 84.

Gayman i. Schles. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterführung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer G. Kelle, Ring Nr. 14.